

3 OKP-Kosten stiegen 2019 erstmals wieder
Was das für die Prämien bedeutet, ist derzeit noch offen.

11 Heimatkunde mit dem «Volksblatt»
Wie vor 75 Jahren das Liechtensteinische Rote Kreuz entstand.

23 FCV darf ab 11. Mai trainieren
Liga soll am 8. Juni weitergehen
Stürmer Cicek nutzte Zeit als «Vaterschaftsurlaub»

ANZEIGE

STABIQ
TREASURE HOUSE

WWW.STABIQ.COM

Volksblatt

Die Tageszeitung für Liechtenstein



GROSSAUFLAGE

Donnerstag, 30. April 2020
143. Jahrgang Nr. 81

Heute

COVID-19-Massnahmen Regierung informiert über Lockerungen


Die Regierung wird heute um 16 Uhr an einer Medienorientierung über zusätzliche Lockerungen für Liechtenstein und das weitere Vorgehen in der Coronakrise berichten. Die Pressekonferenz kann auf www.volksblatt.li live mitverfolgt werden. **Seite 3**

Inland Seit gestern ist die elektronische Identität in Liechtenstein verfügbar. Künftig sollen die Bürger einen Grossteil der Amtsgeschäfte digital erledigen. **Seite 3**

Inland Von Vaduz nach Mailand oder München? Das ist künftig möglich. Die Flixbus-Haltestelle ist beim Rheinpark-Stadion zu finden. **Seite 5**

Wirtschaft Liechtenstein Marketing zeichnet sich für die Vermarktung Liechtensteins als Tourismusdestination und Wirtschaftsstandort verantwortlich. Kein einfaches Unterfangen während einer Pandemie. Doch es gibt Fortschritte. **Seiten 18 und 19**

Kultur Infolge der Coronakrise wurden nun offiziell zwei kulturelle Grossanlässe in Liechtenstein verschoben: «Vaduz Classic» und die 28. Ligita. Und: Auch die Open Airs in St. Gallen und Frauenfeld finden heuer nicht statt. **Seiten 27 und 28**

Wetter Im Laufe des Nachmittags beginnt sich Regen auszubreiten. **Seite 29**  **10° 15°**


Inhalt

Inland 2-13 **Kultur** 27+28
Ausland 16 **Kino/Wetter** 29
Wirtschaft 17-22 **TV** 30+31
Sport 23-26 **Panorama** 32

Fr. 2.50 www.volksblatt.li
Verband Südostschweiz



ANZEIGE



Zahlreiche Betriebe in Liechtenstein liefern jetzt direkt vor die Haustür.

Unterstütze auch du das lokale Gewerbe!
Liechtenstein braucht uns alle. Wir alle brauchen Liechtenstein.

Alle Informationen auf liechtenstein.li/zemma

Eine Aktion der Wirtschaftskammer Liechtenstein und von Liechtenstein Marketing.

FBP setzt Zeichen der Solidarität: 200-Franken-Gutscheine für alle

Konjunkturimpuls Die Folgen der Coronavirus-Pandemie belasten die Wirtschaft und die Einwohner schwer. Um die Binnennachfrage zu steigern, schlägt die FBP-Fraktion vor, an jeden Einwohner des Landes Konsumgutscheine zu verteilen.

VON HOLGER FRANKE

Mindestens 200 Franken pro Person, in Form von Konsumgutscheinen gestückelt in Gutscheine von je 25 Franken für jeden Einwohner des Landes, sollen es nach dem Willen der FBP-Motionäre sein.

Schnelle Impulse für die Wirtschaft

Unter dem Strich wären dies zum Beispiel bei einer vierköpfigen Familie somit 800 Franken. Eine schnelle Hilfe, die in vielen Familien aber in der Konsequenz auch in den derzeit

schwer gebeutelten heimischen Unternehmen höchstwahrscheinlich sehr willkommen wäre. Eine entsprechende Petition hat die FBP-Fraktion nun eingereicht, der Landtag wird in der Folge darüber befinden, ob es tatsächlich dazu kommt. Wie es in der Petition heisst, steht die FBP-Fraktion hinter der Strategie und den Massnahmen der Regierung in Zusammenhang mit den wirtschaftlichen Folgen des Coronavirus. Dennoch zeige sich weiterer Handlungsbedarf, weshalb die FBP-Fraktion den Standpunkt vertritt,

dass auch kurzfristige Konjunkturimpulse für die heimische Wirtschaft notwendig sind. Die vorgeschlagene Gutscheinelösung solle einen Beitrag zur Stimulierung der Inlandnachfrage und damit zur Stärkung der Binnenwirtschaft leisten. Gleichzeitig könnte die Bevölkerung mit dieser Massnahme direkt von der sehr komfortablen Reserveverlage des Staates profitieren. Die vorgeschlagenen Konsumgutscheine sollten nur wenige Monate gültig sein und nur in Geschäften in Liechtenstein sowie in der heimischen Gast-

ronomie eingesetzt werden können. Die Kosten beziffert die FBP auf 7,7 Mio. Franken und erinnert daran, dass Regierungschef Adrian Hasler kürzlich die Landesrechnung 2019 mit einem Gewinn von 328 Mio. Franken präsentiert hat. Aufgrund dieser ausserordentlich guten Finanzlage des Landes sei es gemäss den Petitionären gerechtfertigt, mit einer solchen Gutscheinelösung die Binnenkonjunktur, welche durch die Coronapandemie grösstenteils zum Erliegen gekommen ist, zu unterstützen. **Seite 5**



EWR-Beitritt Liechtenstein wird europäisch

Liechtenstein wäre ohne den EWR wohl nicht das Erfolgsmodell, das es heute ist. Trotzdem war der Beitritt damals umstritten, löste eine Staatskrise aus und machte zwei Volksabstimmungen nötig. Schliesslich setzten sich die Befürworter, allen voran Fürst Hans-Adam II. (hier auf dem Foto mit dem damaligen Regierungschef Mario Frick, li., und Regierungschef-Stv. Thomas Büchel, re.), als treibende Kraft durch: Liechtenstein trat dem EWR am 1. Mai 1995 bei. (Archivfoto: VB)

Seiten 8 und 9

Coronavirus Die Schweiz lockert Massnahmen

BERN Der Bundesrat hebt den Lockdown schneller auf als geplant: Ab dem 11. Mai können in der Schweiz nicht nur Läden, Märkte und obligatorische Schulen, sondern auch Museen, Bibliotheken und Restaurants wieder öffnen. Auch der öffentliche

Verkehr wird wieder nach dem ordentlichen Fahrplan funktionieren. Bundespräsidentin Simonetta Sommaruga begründete die rasche Lockerung mit dem Rückgang der Fallzahlen. Die Massnahmen hätten gewirkt, sagte sie am Mittwoch vor den

Bundeshausmedien. Die Krise sei aber noch nicht vorbei. «Wir werden noch eine Weile mit dem Virus leben müssen.» Ursprünglich hatte der Bundesrat die Schliessung von Bars und Beizen frühestens am 8. Juni aufheben wollen. (sda) **Seite 16**

Fussball

Amateure dürfen weiter hoffen

SCHAAN Noch steht nicht fest, ob die Meisterschaften von der 1. bis zur 5. Liga fortgeführt werden – die neuesten Massnahmen lassen hoffen. **Seite 25**

Schwerpunkt 25 Jahre Liechtensteinischer EWR-Beitritt

EWR: Vom Provisorium zur Erfolgsgeschichte

Jubiläum Am 1. Mai 1995 trat Liechtenstein dem Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) bei. Auch wenn der Beitritt damals von Hürden geprägt war, ist ein Liechtenstein ohne die EWR-Mitgliedschaft heute nur noch schwer vorstellbar.

VON SEBASTIAN ALBRICH

Es war ein langer Weg. Nachdem Regierungschef Hans Brunhart am 2. Mai 1992 in Porto seine Unterschrift unter das EWR-Abkommen setzte, sollte es noch mal drei Jahre dauern, bis Liechtenstein am 1. Mai 1995 dem Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) beitrat. Denn bereits im Oktober 1992 hatte das Fürstentum zuerst eine Staatskrise zu bewältigen, die aus der Uneinigkeit von Fürst und Regierung über das Datum der EWR-Volksabstimmung entstand. Schlussendlich stimmt Liechtenstein trotzdem nach der Schweiz ab, die den Beitritt ablehnte. In Liechtenstein sprachen sich 55,8 Prozent für den Beitritt aus. Im April 1995 standen sich jedoch erneut EWR-Gegner und -Befürworter bei einer Volksabstimmung gegenüber und hatten Liechtensteins Zukunft im EWR in der Hand. Doch wie Fürst Hans-Adam II. damals betonte, habe das Volk das «letzte Wort» und auch hier war dieses Wort ein Ja mit 55,9 Prozent der Stimmen. Womit das Abkommen auch hierzulande in Kraft treten konnte.

«Richtiger Weg»

Fürst Hans-Adam II. zeigte sich schon früh davon überzeugt, dass der EWR-Beitritt der «richtige Weg für Liechtenstein» ist. Auch der damalige Regierungschef-Stellvertre-



Die Titelseite des «Volksblatts» vom 29. April 1995. (Faksimile: VB)

ter Thomas Büchel nannte den Beitritt wenige Tage vor dem Inkrafttreten die «wesentliche aussenpolitische Entscheidung dieses Jahrhunderts», die Liechtensteins Eigenstaatlichkeit weiter stärke. Auch wenn sie angesichts der vergangenen 25 Jahre und trotz vieler Herausforderungen recht behalten sollten, konnte damals wohl noch kaum jemand ahnen, dass der oft als Provisorium bezeichnete und «Warterraum der Europäischen Union» geschimpfte EWR zu so einem zentralen Fundament des heutigen Europas werden wird. Heute umfasst der Binnenmarkt 30 Staaten und rund 518 Millionen Bürger und hat auch der liechtensteinischen Volkswirtschaft viele Vorteile gebracht. Seine Freiheiten vom freiem Waren-, Dienstleistungs-, Kapital- und Personenverkehr sind heute für Liechtensteins exportorientierte Unternehmen wie auch Studenten und Bürger im Allgemeinen selbstverständlich und es ist für viele befremdlich, wenn sie wie aktuell

durch die Coronakrise plötzlich wieder eingeschränkt werden.

Rückblick und Ausblick

Anlässlich des 25-Jahr-Jubiläums nutzt das «Volksblatt» die Gelegenheit, um auf das vergangene Vierteljahrhundert und den Weg Liechtensteins im EWR zurückzublicken und auch die Frage zu stellen, wohin es in Zukunft gehen wird. Dazu hat das «Volksblatt» das Thema aus verschiedenen Blickwinkeln beleuchtet und Interviews mit diversen Persönlichkeiten geführt, die in den kommenden Tagen und Wochen veröffentlicht werden. Den Anfang macht heute Prinz Nikolaus, der als Leiter der liechtensteinischen Delegation die Verhandlungen zum EWR-Beitritt führte und jahrelang als liechtensteinischer Botschafter in Brüssel diente. In einer Reihe des Liechtenstein-Institutes, dessen erster Beitrag ebenfalls heute erscheint (siehe unten), werden zudem die zentralen Inhalte und Herausforderungen des EWR-Abkommens beleuchtet werden.



Prinz Nikolaus (l.) mit Josef Doswald, Schweizer Delegationschef, bei der Pressekonferenz zum geänderten Zollvertragstext bei EWR-Beitritt. (Foto: LI LA SgAV_11_1983_001/Landesarchiv/Beat Schurte, SCHAAN)



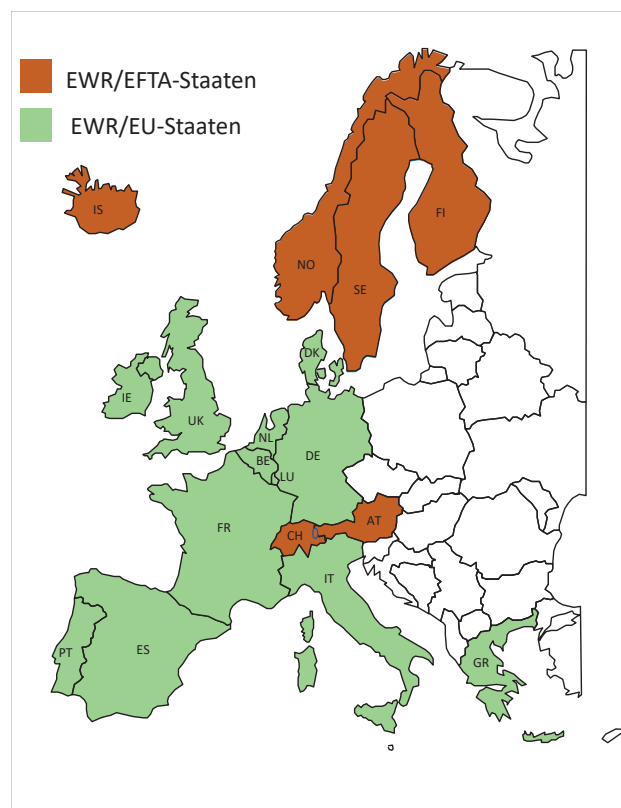
Der EWR und Liechtenstein

Aus 7 werden 3 – aus 12 werden 27

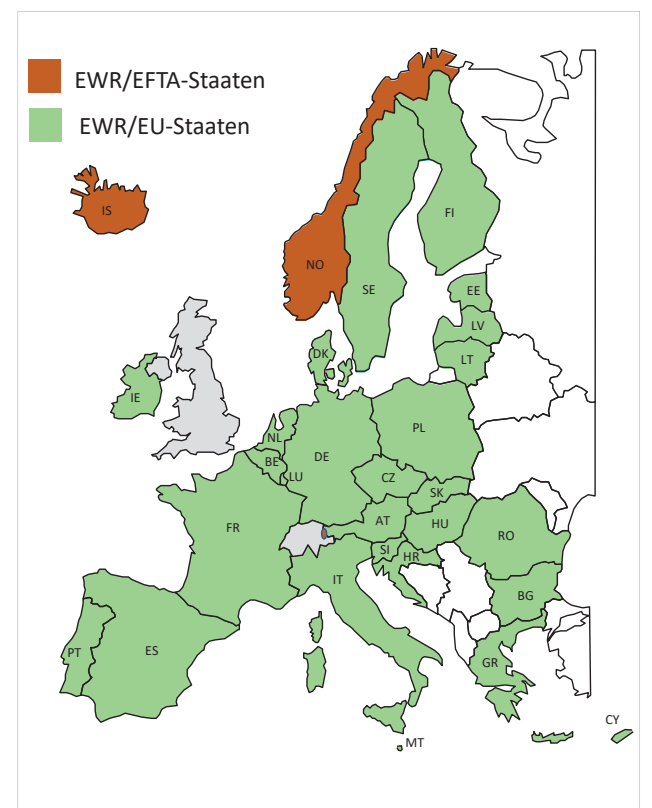
VON CHRISTIAN FROMMELT

Am 1. Mai 1995 trat Liechtenstein dem Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) bei. Der EWR verbindet die aktuell 27 Mitgliedsstaaten der Europäischen Union (EU) und die drei Mitglieder der Europäischen Freihandelszone (EFTA) Island, Liechtenstein und Norwegen zu einem gemeinsamen Wirtschaftsraum. Dieser basiert auf gemeinsamen Regeln und gleichen Wettbewerbsbedingungen, welche laufend aktualisiert werden. Das oberste Ziel des EWR-Abkommens ist eine beständi-

ge und ausgewogene Stärkung der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zwischen den Vertragsparteien. Die Ursprünge des EWR-Abkommens reichen in die 1980er-Jahre zurück, als die damalige Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) begann, ihre Pläne zur Schaffung eines einheitlichen Binnenmarktes voranzutreiben. Um allfälligen wirtschaftlichen und politischen Nachteilen einer solchen verstärkten Zusammenarbeit in der EWG entgegenzuwirken, bemühten sich die EFTA-Staaten um engere Beziehungen zur EWG. Im Mai 1992 unterzeichneten die damals sieben EFTA-Staaten und zwölf EWG-Staaten das EWR-Abkommen. Nachdem das Schweizer Stimmvolk im Dezember 1992 einen Beitritt der Schweiz zum EWR abgelehnt hatte und nachdem Finnland, Schweden und Österreich 1995 der EU beigetreten waren, verblieben mit Island, Liechtenstein und Norwegen nur noch drei Staaten auf der EFTA-Seite des EWR. Zugleich hat sich die Mitgliederzahl der EU schrittweise auf 27 Staaten erhöht. Zwischenzeitlich haben die drei EWR/EFTA-Staaten neben dem EWR-Abkommen noch weitere Abkommen mit der EU abgeschlossen.



EWR/EFTA- und EWR/EU-Staaten bei Unterzeichnung des EWR-Abkommens (Mai 1992).



EWR/EFTA- und EWR/EU-Staaten heute.

Der EWR bleibt für sie aber das mit Abstand wichtigste Abkommen mit der EU. Auch erfreut sich der EWR in allen drei EWR/EFTA-Staaten grosser Unterstützung. Zumindest politisch hat sich das Kräfteverhältnis im Laufe der Jahre jedoch stark in Richtung der EU verschoben. Eine Folge davon war, dass der EWR

in der EU etwas in Vergessenheit geriet. Erst das zwischenzeitlich wieder sistierte Beitrittsgesuch Islands (2009) sowie der EU-Austritt des Vereinigten Königreichs brachten dem EWR wieder mehr Beachtung. Aus Sicht der EU bleibt das EWR-Abkommen nämlich einzigartig, da die EU mit keinem anderen Nicht-Mit-

gliedsstaat über so enge Beziehungen verfügt wie mit den drei EWR/EFTA-Staaten.

Aus Anlass des 25-Jahr-Jubiläums der Mitgliedschaft Liechtensteins im Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) werden in einer Reihe von Kurzbeiträgen die Funktionsweise des EWR und dessen Bedeutung für Liechtenstein beleuchtet.

Zur Person



Christian Frommelt leitet seit 1. April 2018 das Liechtenstein-Institut. Vor seiner Funktion als Direktor war er sieben Jahre als Forschungsbeauftragter am Institut tätig. Von Juni 2017 bis März 2018 leitete der Politikwissenschaftler zudem die Fachexpertenstelle Brexit.

Prinz Nikolaus: «Ich war mir keineswegs sicher, dass der Vertrag sehr langfristig halten würde»

Interview Prinz Nikolaus von und zu Liechtenstein war an vorderster Front in den EWR-Beitritt Liechtensteins involviert. Er leitete die Verhandlungsdelegationen in Bern und Brüssel und diente später als Botschafter Liechtensteins bei der EU.

VON SEBASTIAN ALBRICH

«Volksblatt»: Durchlaucht, welche Bedeutung hat Liechtensteins EWR-Mitgliedschaft für Sie?
Prinz Nikolaus: Für Liechtenstein sehe ich die EWR-Mitgliedschaft souveränitätspolitisch, wirtschaftlich und für unsere Jugend als einen Erfolg.

Der Beitritt zum EWR war für Liechtenstein nicht ohne Turbulenzen und führte schon bei der Abstimmung drei Jahre zuvor zu einer Staatskrise. Weshalb war die Sorge damals so gross, dass sich die liechtensteinische Bevölkerung am Resultat der Schweizer Abstimmung orientieren könnte?

Ohne Abkommen mit der EU bestand die Gefahr, schrittweise an Eigenstaatlichkeit zu verlieren. Wirtschaftlich und finanziell wären wir noch mehr von den Finanzdienstleistungen und ihrem Kundengeheimnis abhängig geworden, wobei schon absehbar war, dass Letzteres vermehrt unter Druck kommen würde. Für unsere Industrie waren die Export erleichterungen und ein freierer Personenverkehr im EWR wichtig, um wettbewerbsfähig zu bleiben. Auch wären wir in den folgenden bilateralen Verhandlungen der Schweiz mit der EU eine Belastung mit unseren eigenen, nicht immer deckungsgleichen Anliegen gewesen.

Nach dem «Nein» der Eidgenossen war der EWR-Beitritt schlussendlich auch ein Schritt weg von einer starken Anbindung an die Schweiz. Wie haben Sie damals die Diskussion in Liechtenstein diesbezüglich wahrgenommen?

Die Ängste mancher, die bewährte Partnerschaft mit der Schweiz zu lockern, war verständlich. In den vielen, auch öffentlichen Diskussionen, die ich vor der Abstimmung im Land führte, hatte ich allerdings nie den Eindruck, dass genügend überzeugende Argumente gegen eine EWR-Mitgliedschaft bestehen.

Sie waren danach als Leiter der liechtensteinischen Delegation auch für die bilateralen Verhandlungen zwischen Liechtenstein und der Schweiz rund um den EWR-Beitritt

verantwortlich. Wie schwer war der Spagat zwischen Europäischem Wirtschaftsraum und der Schweiz damals und ist er mit der Zeit schwerer geworden?

Als Verhandlungsleiter sowohl in Bern als auch in Brüssel begegnete ich vorerst einer grossen Skepsis gegenüber unserem Vorschlag, die bilateralen Verträge mit der Schweiz, vor allem den Zollvertrag, zu behalten und gleichzeitig am EU-Binnenmarkt teilzuhaben. In längeren Verhandlungen gelang es dann die Partner von der Machbarkeit zu überzeugen. In beiden Hauptstädten gab es den Willen, uns zu helfen. Dies erlaubte es, die Verträge mit der Schweiz an unsere EWR-Verpflichtungen anzupassen und Spezialregelungen im Binnenmarktrecht der EU zu erhalten. Dieses Regime spielte sich in den Jahren nach Beginn unserer Teilnahme am EWR gut ein. Je nach der Entwicklung der Beziehungen der Schweiz zur EU kann der Spagat natürlich grösser oder kleiner werden.

Die Personenfreizügigkeit gehört zu den zentralen Pfeilern des EWR. Wie schwierig war es, vor dem Beitritt die liechtensteinische Sonderregelung durchzusetzen?

Dies war ein Spagat der besonderen Art: Wir wollten einerseits für unsere Wirtschaft, für unsere Jugend einen möglichst freien Personenverkehr, andererseits wollten wir das Land vor einer Überflutung schützen. Auch war die Schweizer Verhandlungsposition zu bedenken: allzu gross sollte das Regelungsgefälle in Anbetracht des zu erwartenden Abstimmungskampfs in unserem Nachbarland nicht sein. Erst fast drei Jahre nach Inkrafttreten des EWR konnte die heutige Lösung vereinbart werden. Bei Abschluss des Abkommens war sie nur in Ansätzen vereinbart.

Wie würden Sie den Weg zum EWR-Beitritt rückblickend in ein bis zwei Sätzen beschreiben? Innen- und aussenpolitisch war es eine Herausforderung, die Liechten-

stein in diesem Ausmass noch nie erlebt hat. Mit viel Verständnis unserer Partner und guter Zusammenarbeit im Land konnte sie, trotz holprigen Beginns gut gemeistert werden.

Was ist der Aspekt des EWR-Beitritts vor 25 Jahren, der Ihnen am deutlichsten im Gedächtnis blieb?

Der Beginn der Verhandlungen. Es bestand im Land keineswegs Einigkeit, den aufwendigen Weg als eigenständiger Verhandlungspartner zu gehen. Und innerhalb der 19 anderen Verhandlungsparteien gab es skeptische Stimmen, ob ein so kleines Land gleichberechtigt am Tisch sitzen sollte.

«Ich hatte nie den Eindruck, dass genügend überzeugende Argumente gegen eine EWR-Mitgliedschaft bestehen.»

Wir waren damals als Einzige weder Mitglied der EU noch der EFTA. Nicht zuletzt die Europäische Kommission in Brüssel unterstützte unser Anliegen.

Haben Sie damals erahnt, welches Ausmass der EWR innert 25 Jahren annehmen wird?

Ich war mir keineswegs sicher, dass der Vertrag sehr langfristig halten würde. Auch der bisher doch recht reibungslose Verlauf der

liechtensteinischen Teilnahme ist sehr erfreulich.

Sie waren nach dem Beitritt 14 Jahre lang Botschafter Liechtensteins in Brüssel. Was waren in der Zeit nach dem EWR-Beitritt die grössten Herausforderungen?

Ein solch komplexes Abkommen bringt fast täglich eine neue Herausforderung. In den ersten Jahren mussten sehr viele neue Rechtsakte in liechtensteinisches Recht eingegliedert werden, was oft wiederum verhandelt werden musste. Die Personenverkehrslösung brauchte eine stabilere Form. Die EFTA-interne Zusammenarbeit war mit ihren eigenen Institutionen und unterschiedlichen Standpunkten nicht immer ohne Spannungen. Später waren dann die Steuerverhandlungen mit der EU mit einer gewissen Dramatik verbunden. Ein eigenes Kapitel war das Aufgleisen der Schengen-Mitgliedschaft.

Die EWR-Mitgliedschaft hat Liechtenstein nun ein Vierteljahrhundert geprägt. Wie würde das Land heute ohne den Beitritt vor 25 Jahren aussehen?

Eine so vielfältige, starke Wirtschaft und eine so sichere Position Liechtensteins in Europa wäre ohne EWR kaum vorstellbar.

Glauben Sie, dass der EWR nochmals 25 Jahre übersteht?

Was zu Beginn oft als Provisorium beschrieben wurde, kann durchaus noch viele Jahre halten.

Prinz Nikolaus war an vorderster Front an den Verhandlungen beteiligt. (Foto: MZ)



Regierungschef Hans Brunhart beim Unterzeichnen des EWR-Abkommens am 2. Mai 1992. (Foto: LI LA/B_254_023_013/Landesarchiv/Unbekannt)



Staatskrise, 1992. (Foto: Archiv Volksblatt)



Der Fürst appelliert im «Volksblatt» vom 6. April 1995 vor der zweiten Abstimmung: «Geben Sie diesem Land, seiner Bevölkerung und unserer Jugend eine Chance.» (Faksimile: VB)

Chronologie Vom EWR-Abkommen über die Staatskrise zum Beitritt

● **2. Mai 1992:** Das Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) wird am 2. Mai 1992 in Porto von damals 12 EU-Staaten und 7 EFTA-Ländern unterzeichnet. Für Liechtenstein setzt Regierungschef Hans Brunhart die Unterschrift unter den Vertrag, der am 1. Januar 1994 in Kraft treten soll.

● **6. Mai 1992:** Die Regierung erläutert an einer Pressekonferenz die Bedeutung des EWR-Beitritts für Liechtenstein. Ausserdem geht die Regierung davon aus, dass Liechtenstein nur dann dem EWR beitreten wird, wenn auch die Schweiz diesen Weg beschreitet. Die Volksabstimmung über den EWR-Beitritt soll deshalb nach der Abstimmung in der Schweiz stattfinden.

In seiner Thronrede zur Eröffnung des Landtags am 11. März 1992 hatte Fürst Hans-Adam II. eine andere Auffassung vertreten: «Da der EWR-Vertrag für uns so wichtig ist, wäre es meiner Ansicht nach ein Fehler, unsere Zustimmung von der

Entscheidung der Schweiz abhängig zu machen. Es ist ohne Weiteres denkbar, dass das Schweizer Volk den EWR-Vertrag ablehnt.»

● **23. Mai 1992:** Der Schweizer Bundesrat stellt in Brüssel ein Gesuch über den Beitritt der Schweiz zur Europäischen Gemeinschaft (EG). Aus Bern verlautet, dass bei einem EG-Beitritt der Schweiz die Notwendigkeit bestehe, die vertraglichen Verhältnisse zwischen der Schweiz und Liechtenstein zu klären.

● **3. Juni 1992:** An einer Pressekonferenz erklärt Regierungschef Hans Brunhart, dass Liechtenstein ungeachtet des EG-Beitritts gesuchs der Schweiz am EWR-Beitritt festhalten werde. Einen EG-Beitritt Liechtensteins lehnt die Regierung ab. Das EWR-Abkommen ermögliche die Aufrechterhaltung der bisherigen Vertragsverhältnisse mit der Schweiz.

● **19. Juni 1992:** Die Regierung stellt den EWR-Bericht vor, der an den Landtag zur Beschlussfassung weitergeleitet wird. Der EWR-Vertrag ist laut Regierungschef Hans Brunhart nicht als Vorstufe für einen EG-Beitritt ausgelegt. Weil die Schweiz den EWR-Abstimmungstermin auf den 6. Dezember 1992 festgelegt hat, hat die Regie-

rung beschlossen, dass Liechtenstein am 20. Dezember darüber abstimmen wird.

● **26. Juni 1992:** Die Voralberger Nachrichten berichten nach einem Interview mit Fürst Hans-Adam II. über «Differenzen zwischen Fürst und Regierung». Der Fürst sagte der Zeitung, er habe aus Medien erfahren, dass die Regierung den Abstimmungstermin nach der Schweiz festgelegt habe.

● **8. Juli 1992:** In einem Interview mit dem «Volksblatt» legt Fürst Hans-Adam II. dar, warum er für eine Abstimmung über den EWR-Beitritt vor der Schweiz ist. Die beste der Integrationsvarianten sei, sich klar für den EWR auszusprechen und darauf zu verzichten, zusammen mit der Schweiz an EG-Beitrittsverhandlungen teilzunehmen.

● **15. August 1992:** In seiner Ansprache zum Staatsfeiertag spricht sich Fürst Hans-Adam II. klar für den EWR-Beitritt aus und möchte möglichst bald das Volk darüber abstimmen lassen. Der Fürst gibt auch zu verstehen, dass er die Vorgangsweise der Regierung ablehnt, erst nach der Schweiz über den Beitritt abstimmen zu lassen.

● **16. September 1992:** Der Landtag fasst sich in einer Grundsatzdebatte mit

dem EWR-Abkommen. Landtagspräsident Karlheinz Ritter gibt bekannt, dass über den Abstimmungstermin erst an der Oktober-Landtagssitzung abgestimmt werde.

● **21. Oktober 1992:** Der Landtag erteilt mit Stimmenmehrheit dem EWR-Beitritt seine Zustimmung. Geschlossen spricht sich der Landtag dafür aus, wie von der Regierung beantragt, die Volksabstimmung erst nach der Schweiz durchzuführen.

● **27. Oktober 1992:** Fürst Hans-Adam II. stellt der Regierung das Ultimatum, entweder seinen Wunsch nach Anberaumung der Volksabstimmung über das EWR-Abkommen vor der Schweiz zu akzeptieren oder zurückzutreten oder in Kauf zu nehmen, dass er den Landtag auflöse und die Regierung entlasse. Der Streit zwischen Fürst und Regierung wird als «Staatskrise» bezeichnet.

● **28. Oktober 1992:** Vor dem Regierungsgebäude demonstrieren rund 2000 Personen und empfangen Fürst Hans-Adam II. mit einem Pfeifkonzert. Die Staatskrise wird mit einem Kompromiss beigelegt: Fürst und Regierung einigen sich auf ein Datum für die Volksabstimmung eine Woche nach der Schweiz, ferner sprechen sich Regierung und Landtag für einen EWR-Beitritt Liech-

tensteins aus, unabhängig vom Ausgang der Volksabstimmung in der Schweiz.

● **31. Oktober 1992:** Fürst Hans-Adam II. zeigt sich in einem Gespräch mit dem Volksblatt enttäuscht darüber, dass gewisse Kreise nach der Beilegung der Staatskrise sogleich eine Verfassungsänderung zur Beschneidung der Rechte des Staatsoberhauptes gefordert hätten.

● **6. Dezember 1992:** In der Schweiz lehnen die Stimmberechtigten den EWR-Beitritt ab.

● **13. Dezember 1992:** Liechtenstein stimmt dem EWR-Beitritt zu: Bei einer Stimmbeteiligung von 87 Prozent sprechen sich 6722 für den Beitritt aus, 5322 stimmen dagegen.

● **7. und 9. April 1995:** Liechtensteins Stimmbürger stimmen erneut über das EWR-Abkommen ab. Bei einer erneut hohen Stimmbeteiligung von 82 Prozent sprachen sich 55,9 Prozent für den Beitritt aus.

● **1. Mai 1995:** Das EWR-Abkommen tritt auch in Liechtenstein in Kraft und das Fürstentum tritt dem Europäischen Wirtschaftsraum bei. (red)